
Klimapolitik in der Nationalen Sicherheitsstrategie

Wie die Bundesregierung trotz Russlands Angriffskrieg Kurs halten kann



Tim Bosch
Forschungsassistent



Dr. Kira Vinke
Leiterin Zentrum für Klima
und Außenpolitik

Auch wenn Russlands Krieg gegen die Ukraine die politische Mobilisierung im Kampf gegen den Klimawandel erschwert: Deutschland muss bei der Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) dem Klima Priorität einräumen. Nur so wird es der kollektiven, globalen Sicherheitsdimension gerecht.

- Die Bundesregierung muss sich dem Klima-Sicherheits-Nexus auf zweierlei Weise zuwenden: indem sie die Resilienz gegenüber Klimafolgen stärkt und sich durch Emissionsminderungen für die Aufrechterhaltung eines stabilen Weltklimas einsetzt.
- Sie sollte sich in der Klimaaußenpolitik auf Bereiche konzentrieren, in denen sie Abhängigkeiten in Partnerschaften umwandeln und Autonomie gegenüber Russland gewinnen kann.
- Deutschland braucht eine mehrdimensionale Risikobewertung, die neben Klima- und Umweltfaktoren auch geopolitische Aspekte, menschliche Sicherheit und wirtschaftliche Abhängigkeiten einbezieht, um Partnerschaften und Kooperationen nachhaltig zu gestalten.

Eine friedliche, wertebasierte Weltordnung ist unter den Bedingungen eines unberechenbaren globalen Klimas nicht denkbar. Dass es keinen Frieden ohne Klimaschutz geben kann, zeigt der jüngste Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC), der die Folgen des Klimawandels in schmerzlicher Deutlichkeit darlegt.¹ Insofern liegt die Bundesregierung richtig, wenn sie in ihrem Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 ehrgeizige Ziele für eine kohärentere Klimaaußenpolitik und diplomatisches Engagement formuliert.² In selben Vertrag kündigte die Regierung zudem ihre Absicht an, eine Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) zu erarbeiten. Als Bundesaußenministerin Annalena Baerbock im März 2022 ihre Pläne für die NSS vorstellte, betonte sie, dass die Klimapolitik ein zentrales Handlungsfeld der NSS sein werde. Sie fasste die Klimaproblematik unter dem Begriff der „Sicherheit der Grundlagen unseres Lebens“ – eine der drei Säulen der deutschen Sicherheitspolitik neben der „Unverletzlichkeit unseres Lebens“ (sprich der körperlichen Unversehrtheit) und dem Schutz der „Freiheit unseres Lebens“ (bezogen auf demokratische Gesellschaften und Rechtsstaatlichkeit).³

Die Konsultationen zur NSS finden zurzeit jedoch in einem radikal veränderten Sicherheitsumfeld statt. Wir erleben nach jahrzehntelangem Frieden in Europa wieder Krieg und einen Angriff auf die bisherige Sicherheitsordnung. Klassische Fragen der territorialen Unversehrtheit und der Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Reform der Bundeswehr stehen im Mittelpunkt der aktuellen „Zeitenwende“-Debatte. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zwingt die Politik, das Problem negativer Abhängigkeiten zu lösen – von der Energieversorgung bis zu den wirtschaftlichen Beziehungen zu Großmächten wie dem autoritären China.

Kurzum: Aufgrund des Krieges ist die deutsche Sicherheitspolitik derzeit auf Kernaufgaben fokussiert, was eine vorausschauende Zusammenarbeit beim Schutz globaler Güter wie dem Klima deutlich erschwert. Dabei wird die Sicherheitsbedrohung durch den Klimawandel immer größer. Kurzfristige, aber katastrophale Wetterereignisse stellen ei-

ne unmittelbare Bedrohung für die Menschheit dar. Langsam einsetzende Klimafolgen führen zu einer Verschlechterung der Boden-, Wasser- und Luftqualität; Dürreperioden zu Ernteausfällen. Zusätzlich zu geopolitischen Schocks verändern all diese Faktoren den strategischen Kontext. Vor diesem Hintergrund sollte Deutschland sein Ziel, die Klimasicherheit zu fördern, nicht aus den Augen verlieren.

In diesem Positionspapier identifizieren wir drei Politikbereiche, die für die NSS im Hinblick auf den Klimawandel von zentraler Bedeutung sind:

- Eine umfassende Emissionsreduzierung, auch im Sicherheitssektor
- Energiesicherheit durch Zusammenarbeit bei (erneuerbaren) Energien
- Resilienz gegenüber Sicherheitsrisiken, die sich in Form von Konflikten, sozialer Fragmentierung und Vertreibung aus zunehmenden Klimafolgen ergeben

Diese Bereiche sind für die deutsche Sicherheitspolitik schon für sich genommen von zentraler Bedeutung. Nur haben sie gleichzeitig Auswirkungen auf klassische Sicherheitsfragen und ermöglichen Deutschland im Umgang damit eine gewisse Autonomie.

KONZEPTUALISIERUNG DER SCHNITTSTELLE ZWISCHEN KLIMA UND SICHERHEIT

Die Bundesregierung muss ihre Handlungsfähigkeit auch angesichts komplexer Krisen aufrechterhalten. In der Welt von heute erfordert das ein Verständnis für die Zusammenhänge von Klima und Sicherheit. Hierfür gibt es zwei offensichtliche Anknüpfungspunkte:

Konzept 1: Klimafolgen

Klimafolgen sind für die Sicherheit Deutschlands nicht nur innenpolitisch relevant, etwa in puncto

1 Intergovernmental Panel on Climate Change, „Climate Change 2022. Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Summary for Policymakers. Working Group II contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change“, Februar 2022: https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf (abgerufen am 10. August 2022).

2 Deutsche Bundesregierung, „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP“, Dezember 2021: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1> (Zugriff am 2. Juni 2022); Siehe auch: Mark Leonard et al., „The EU Can't Separate Climate Policy From Foreign Policy“, *Foreign Affairs*, 9. Februar 2021: https://www.foreignaffairs.com/articles/europe/2021-02-09/eu-cant-separate-climate-policy-foreign-policy?utm_medium=social (abgerufen am 24. August 2022).

3 Auswärtiges Amt, „Die Sicherheit der Freiheit unseres Lebens“. Rede von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock anlässlich der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie, 18. März 2022: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2517738> (abgerufen am 2. Juni 2022).

TABELLE 1 – ZWEI KONZEPTUALISIERUNGEN DES KLIMAWANDELS: WIE SIE SICH AUF DIE SICHERHEIT AUSWIRKEN UND IN DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK VERANKERT SIND

	KLIMAFOLGEN	PLANETARE SICHERHEIT
WELCHE SICHERHEITS-BEDROHUNGEN GIBT ES? (SICHERHEIT WOVOR?)	Eskalierende Ressourcenkonflikte, lokale klimabedingte Schäden und Verluste, klimabedingte Vertreibung, Ernährungsunsicherheit	Die globale Erwärmung führt zu einer weltweiten Zunahme extremer Wetterereignisse, zur Versauerung der Meere, zum Verlust der biologischen Vielfalt usw.
WER UND WAS IST GEFÄHRDET? (SICHERHEIT FÜR WEN?)*	Vulnerable Gruppen in regionalen und lokalen Kontexten, insbesondere im Globalen Süden	Die Weltbevölkerung, Wohlstand und Sicherheit in den Nationalstaaten
WIE KANN DIE SICHERHEIT VERBESSERT WERDEN?	Stärkung der Resilienz angesichts bestehender Klimafolgen, Minderung von und Umgang mit Klimarisiken	Achtung der Grenzen unseres Planeten, Förderung eines intakten Erdsystems mit vorhersehbaren und begrenzten Klimafolgen, Erhaltung der biologischen Vielfalt usw.
WELCHE ZIELE BESTEHEN BEREITS IN DEN GRUNDSÄTZEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK?	Streben nach der Gewährleistung menschlicher Sicherheit und dem Schutz der Menschenrechte im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs)	Sicherung des Wohlstands und der Chancengleichheit für heutige und künftige Generationen
WAS SIND ZENTRALE HANDLUNGSFELDER?	Lokale Klimaanpassung, Aufbau von Kapazitäten, Krisenprävention, Krisenmanagement	Globale Emissionsminderung in allen Sektoren, einschließlich des Sicherheitssektors und des Katastrophenmanagements, der Verteidigungspolitik, des Beschaffungswesens und der Lieferketten

Quelle: Eigene Darstellung der Autorin und des Autors | * Die Konzeptualisierung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik entlang dieser Leitfragen (Sicherheit wovor? Sicherheit für wen?) stützt sich auf die Fachliteratur zur Environmental Security. Siehe z. B.: Jon Barnett, *The Meaning of Environmental Security: Ecological Politics and Policy in the New Security Era* (London, New York, 2001), S. 23-24; Richard A. Matthew, „Introduction: Mapping Contested Grounds“, in *Contested Ground: Security and Conflict in the New Environmental Politics*, ed. Daniel H. Deudney und Richard A. Matthew (Albany, 1999).

Bevölkerungsschutz bei Überschwemmungen oder Hitzewellen, sondern auch international, wenn solche Auswirkungen die geopolitische Stabilität oder Lieferketten beeinträchtigen. Dabei erstreckt sich der Fokus über die klassische *staatliche* Sicherheit hinaus auch auf die *menschliche* Sicherheit, die die Wahrung von Menschenrechten sowie natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt sicherheitspolitischer Überlegungen stellt. Dieser Fokus umfasst auch den Schutz vulnerabler Gruppen in besonders betroffenen Gebieten – etwa kleinen Inselstaaten und globalen Klima-Hotspots –, unabhängig von den unmittelbaren Folgen für Deutschland. Die relevanten Instrumente zur Bewältigung der mit den Klimafolgen verbundenen Herausforderungen sind in der Regel Krisenmanagement

und Friedensförderung, aber auch Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe.

Konzept 2: Planetare Sicherheit

Bei diesem Konzept liegt der Schwerpunkt auf der Erhaltung eines intakten Erd- und Klimasystems als globales Gemeinschaftsgut. Ziel ist es, das Fortschreiten des Klimawandels durch gezielte Emissionsminderungen einzudämmen und damit seine Folgen langfristig in einem berechenbaren Rahmen zu halten. Angesichts der Risiken einer ungebremsten globalen Erwärmung und der Gefahr von Kipppunkten im Erdsystem⁴ ist die Relevanz dieser Fragen für die menschliche Sicherheit deutlich. Die im Pariser Abkommen von 2015 festgelegten Maßnahmen zur Reduzierung der globalen Emissionen

4 Timothy M. Lenton et al., „Climate tipping points - too risky to bet against“, *Nature* 575, November 28, 2019, S. 592-595: <https://www.nature.com/articles/d41586-019-03595-0> (abgerufen am 6. Juli 2022).

gelten in diesem Zusammenhang als primäre politische Instrumente.

Die beiden oben genannten Ansatzpunkte dürften den Autorinnen und Autoren der NSS bekannt sein, da sich die Bundesregierung bereits auf nationaler und internationaler Ebene mit ihnen befasst. In Bezug auf den Umgang mit Klimafolgen nennen beispielsweise die Leitlinien der Bundesregierung zur Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedensförderung von 2017 – allgemein bekannt als „die Leitlinien“ – Frieden und Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte als wesentliche Bezugspunkte.⁵ Diese Leitlinien bieten somit die Grundlage für den Umgang mit Klimaschocks im Ausland und werden im Rahmen der Vereinten Nationen sowohl durch die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) als auch durch das Konzept der menschlichen Sicherheit gestützt. Bezugnehmend auf den Schutz unseres Planeten nennen die Leitlinien die Sicherung des Wohlstands und Chancen für heutige und künftige Generationen als wesentliches deutsches Sicherheitsinteresse.⁶ Darüber hinaus ist Deutschland an das Pariser Abkommen gebunden.⁷

Die Auswirkungen des Klimawandels und der Schutz des Planeten sind daher die logischen Ausgangspunkte für unsere Überlegungen zur Verankerung der sicherheitspolitischen Dimension des Klimawandels in der Nationalen Sicherheitsstrategie. Zugleich sind in diesem Zusammenhang auch einige konzeptionelle Probleme zu berücksichtigen, darunter vor allem die Tatsache, dass die beiden Punkte nicht getrennt voneinander adressiert werden können:

Entschlossene Bemühungen zum Schutz des Planeten durch Emissionsminderungen können Klimafolgen vermeiden und verringern. Wenn weltweit Treibhausgase vermieden oder reduziert werden, ist die Anpassung an künftige Klimafolgen beziehungsweise der Ausgleich von Schäden und Verlusten weniger dringlich.

Wird in Bezug auf den zweiten Punkt nicht gehandelt – zum Beispiel durch die Reduzierung oder Vermeidung von Treibhausgasen –, verschlimmern sich Klimafolgen und die damit verbundenen Schäden

und Verluste. Wenn mit der gleichen Geschwindigkeit wie in den letzten zehn Jahren gehandelt wird, könnte die Klimakrise katastrophale Ausmaße annehmen, was die Bewältigung der Folgen unmöglich machen wird, wie im Hinblick auf die Grenzen der Anpassungsfähigkeit im IPCC-Bericht dargelegt (siehe Fußnote 1).⁸

DREI SCHWERPUNKTE DEUTSCHER KLIMASICHERHEITSPOLITIK NACH DEM RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG

Russlands Angriffskrieg und die dadurch verursachte Zäsur im internationalen System haben negative Spillover-Effekte in Bereichen wie Krisenmanagement und humanitäre Hilfe, wodurch die Bereitstellung und der Schutz öffentlicher Güter erschwert werden. Ferner ist zu erwarten, dass die politischen Spannungen die Bemühungen um die Eindämmung und Bewältigung des Klimawandels in multilateralen Gremien erschweren werden. Dennoch gibt es Bereiche, in denen konkrete Schritte zur Eindämmung und zur Anpassung an den Klimawandel unternommen werden und in denen alte Abhängigkeiten durch neue Partnerschaften ersetzt werden können. Wir beleuchten im Folgenden drei, wobei dieser Ansatz auch auf weitere Handlungsfelder angewendet werden kann, wie etwa die Berücksichtigung von Umwelt- und Klimafragen im plurilateralen Handel.

Angesichts der Parallelität globaler Krisen ist Pragmatismus gefragt. Initiativen zum Kampf gegen den Klimawandel werden in einem internationalen Kontext stattfinden, in dem sich sowohl die finanziellen Ressourcen als auch die politische Handlungsfähigkeit und -bereitschaft stark unterscheiden. Deutschland sollte und wird sich weiterhin für die Erhaltung und Stärkung multilateraler Prozesse einsetzen. Wir erkennen jedoch an, dass das ideale Szenario, in dem auf der höchsten internationalen Ebene konkrete und koordinierte Schritte zu ausreichenden Emissionsminderungen unternommen werden, in absehbarer Zukunft nicht eintreten dürfte.

5 Auswärtiges Amt, „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern: Leitlinien der Bundesregierung“, September 2017, S. 8-15, S. 42-55: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf> (abgerufen am 10. August 2022).

6 Ebd., S. 8-15.

7 Ebd., S. 33.

8 Die Auswirkungen ungebremster, extremer Erderwärmungsszenarien sind noch nicht vollständig ergründet und Gegenstand aktueller Forschung. Siehe Luke Kemp et al., „Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios“, Proceedings of the National Academy of Sciences 119, no. 34, August 1, 2022, pp. e2108146119: <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2108146119> (abgerufen am 31. August 2022).

1. Schutz unseres Planeten durch Emissionsminderung – auch im Sicherheitssektor

Da das CO₂-Budget stark eingeschränkt ist, müssen alle Sektoren gleichzeitig und so schnell wie möglich dekarbonisiert werden. Der Sicherheitssektor ist hierbei keine Ausnahme. Im Jahr 2021 emittierte die deutsche Bundeswehr im Inland 1,71 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, hauptsächlich durch Gebäude und Transportmittel wie Flugzeugtreibstoff. Potenziell ressourcenintensive Auslandseinsätze sind in dieser Zahl noch gar nicht berücksichtigt. Allerdings steht die Bundesregierung in diesem Bereich nun vor der Herausforderung, kurz- und mittelfristig Mittel zu mobilisieren, um auf die veränderte Sicherheitslage durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu reagieren – möglicherweise auf Kosten der grünen Transformation. Der unmittelbare Ausgabenbedarf sollte daher mit Nachhaltigkeitsüberlegungen verbunden werden.

Seit 2014 veröffentlicht das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) alle zwei Jahre einen Nachhaltigkeitsbericht, der sich an den Zielen der Agenda 2030 orientiert.⁹ Darin dokumentiert das BMVg den Ressourcenverbrauch und die Energiebilanz verschiedener Bereiche des deutschen Verteidigungssektors, darunter den Strom- und Energieverbrauch sowie die CO₂-Emissionen der von der Bundeswehr genutzten Mobilitätssysteme. Darüber hinaus hat das Ministerium eine Roadmap zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2023 erstellt.¹⁰ In diesem Zusammenhang werden in Abstimmung mit Expertinnen und Experten aus dem Mobilitätssektor, aber auch aus anderen Bereichen wie der Baubranche, Empfehlungen zum Aufbau nachhaltiger Energiesysteme erarbeitet.¹¹

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 ausgerufenen „Zeitenwende“ in der Sicherheitspolitik – konkret die einmalige Bereitstellung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr – gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, die Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsziele im Verteidigungssektor zu beschleunigen.¹² Die Emissionen des Verteidigungssektors machen zwar nur einen geringen Anteil an der gesamten Emissionsbilanz aus. Da die Regierung jedoch die Emissionen in diesem Sektor direkt kontrollieren kann, hat sie eine besondere Verantwortung, in dem Bereich einen Beitrag zu leisten. Die Emissionsbilanz könnte als hartes Kriterium in die Beschaffungsrichtlinien aufgenommen werden. Darüber hinaus sollte Deutschland – gemeinsam mit seinen Bündnispartnern in der NATO und der EU – verstärkt in die Forschung und Entwicklung emissionsarmer Energie- und Mobilitätssysteme für den Verteidigungssektor investieren.¹³ Ein weiterer Anreiz könnte durch die Einbeziehung aller militärischen Transporte in das EU-Emissionshandelssystem (EU EHS) geschaffen werden.¹⁴

Die Förderung der Unabhängigkeit der Streitkräfte von fossilen Energieträgern liegt im unmittelbaren sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands, weil dadurch mittel- bis langfristig Kosten eingespart und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr erhöht werden kann. Der Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien und die Nutzung von Off-Grid-Systemen im Rahmen von Auslandseinsätzen könnte beispielsweise die Abhängigkeit von oft fragilen Energieinfrastrukturen verringern. Dies gilt insbesondere in abgelegenen oder vom Klimawandel überdurchschnittlich stark betroffenen Regionen, in denen eine kontinuierliche Einsatzfähigkeit entscheidend ist.

9 Bundesministerium der Verteidigung, „Nachhaltigkeitsbericht 2020 des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr. Berichtszeitraum 2018–2019, Oktober 2020: <https://www.bmvg.de/resource/blob/3744490/fb034ba5fc1c8148bb103bb04ae928e5/20201022-dl-nachhaltigkeitsbericht-2020-data.pdf> (abgerufen am 3. Juni 2022).

10 Wie andere Teile der Bundesregierung auch, ist das Verteidigungsministerium bis 2030 an sektorspezifische Treibhausgasminderungsziele gebunden, wie im deutschen Klimaschutzgesetz festgelegt. Siehe ebd., S. 13.

11 Ebd., S. 14–15.

12 Darüber hinaus soll in Zukunft ein Betrag in Höhe von zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgegeben werden, was jährlich zu erheblichen zusätzlichen Verteidigungsausgaben führt. Siehe: Deutsche Bundesregierung, „Regierungserklärung von Olaf Scholz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied des Deutschen Bundestages, am 27. Februar 2022 in Berlin“: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> (abgerufen am 25. August 2022).

13 Die NATO hat sich in den letzten Jahren bereits mehrfach mit der Frage der nachhaltigen Ausrüstung der Streitkräfte befasst, unter anderem durch die Verabschiedung ihres Green Defense Framework. Auch die EU befasst sich mit diesem Thema, unter anderem im Zusammenhang mit der vom Europäischen Auswärtigen Dienst veröffentlichten Climate Change and Defence Roadmap. Siehe: NATO, „NATO and its partners become smarter on energy“, 7. April 2015: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_118657.htm (abgerufen am 10. August 2022); Europäischer Auswärtiger Dienst, „The EU's Climate Change and Defence Roadmap“, März 2022: <https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2022-03-28-ClimateDefence-new-Layout.pdf> (abgerufen am 10. August 2022). Zur deutschen Debatte siehe auch Hans-Jochen Luhmann, „Vom Leopard zum E-Opard: Die Bundeswehr sollte bei der Klimaneutralität vorangehen“, BAKS-Arbeitspapiere Nr. 5/2021: https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2021_5.pdf (abgerufen am 5. Juli 2022).

14 Weitere Einzelheiten über den ersten großen CO₂-Markt der Welt, der auch heute noch der größte ist, unter Europäische Kommission, EU-Emissionshandelssystem (EU EHS): https://ec.europa.eu/clima/eu-action/eu-emissions-trading-system-eu-ets_de (abgerufen am 25. August 2022).

2. Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch Energiepartnerschaften ersetzen und Autonomie erhöhen

Die Verfasserinnen und Verfasser der NSS sehen sich mit sich überschneidenden Krisen konfrontiert – in der europäischen Sicherheitsordnung, im Energiebereich und beim Klimaschutz –, deren Wurzeln symptomatisch für ein strukturelles Defizit im deutschen und europäischen Sicherheitsdenken der letzten Jahrzehnte sind: die Bevorzugung kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile auf Kosten breiterer Verantwortung. Die aktuelle Energiekrise ist ein typisches Beispiel dafür. Lange Zeit lag ein primäres Interesse europäischer Bemühungen zur Energiesicherheit in der Sicherung ausreichender und billiger Öl- und Gasimporte. Die Abhängigkeit von Gas, vor allem aus Russland, war angesichts fester Infrastrukturen (Pipelines) und langfristiger Verträge besonders groß und geopolitisch besorgniserregend.¹⁵ Mit Russlands Einmarsch in die Ukraine hat sich diese verengte Konzeption von Energiesicherheit als fatal erwiesen; gerade Deutschland tut sich schwer darin, sich von Importen unabhängig zu machen.

Es ist wichtig, dass Deutschland die richtigen Lehren aus dieser Erfahrung zieht. Die Berücksichtigung von klimarelevanten Überlegungen kann helfen, Abhängigkeiten und langfristige Folgekosten (in finanzieller, ökologischer und geopolitischer Hinsicht) zu antizipieren und damit die Resilienz gegenüber externen Schocks zu erhöhen. Darüber hinaus versprechen erneuerbare Energien und der europäische Green Deal Deutschland ein gewisses Maß an Autonomie, indem es seine Ausgaben für Energieimporte reduziert und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Schutz unseres Planeten leisten kann.¹⁶ Daher sollte die NSS die Nutzung erneuerbarer Energien nicht nur als Mittel zur Erhöhung der Versorgungssicherheit in Deutschland betrachten, sondern auch das geoökonomische und außenpolitische Potenzial begreifen, das sich aus der Übernahme einer Führungsrolle bei der Beschleunigung der grünen Transformation in Deutschland und weltweit ergeben würde.

Deutschland sollte neue Energiepartnerschaften aufbauen, um langfristige Pfadabhängigkeiten von Importen fossiler Brennstoffe zu vermeiden. So würde es wenig nützen, wenn die Versorgungssicher-

heit durch langfristige Verträge mit einigen wenigen Lieferländern erhöht, dies aber letztlich zu neuen geoökonomischen und geopolitischen Abhängigkeiten führen würde. Vielmehr muss die Außenpolitik Potenziale der Transformation in den Bereichen nutzen, in denen Risiken und Abhängigkeiten minimiert werden können. Ein zentraler Bereich ist dabei die Beschaffung von sogenannten seltenen Erden und anderen Rohstoffen, die für grüne Technologien und digitale Infrastrukturen importiert werden (siehe Infobox).

¹⁵ Mark Leonard, Jean Pisani-Ferry, Jeremy Shapiro, Simone Tagliapietra, Guntram Wolff, „The geopolitics of the European Green Deal“, European Council on Foreign Relations, 3. Februar 2021: <https://ecfr.eu/publication/the-geopolitics-of-the-european-green-deal/> (abgerufen am 19. August 2022).

¹⁶ Ibid; Kira Vinke, „Zeitenwende braucht Energiewende“, Internationale Politik 3, Mai/Juni 2022, S. 68-73: <https://internationalepolitik.de/de/zeitenwende-braucht-energiewende> (abgerufen am 2. Juni 2022).

VERRINGERUNG GEOPOLITISCHER RISIKEN BEI DER BESCHAFFUNG KRITISCHER ROHSTOFFE

Zwar sind nicht alle „seltenen Erden“ tatsächlich selten, doch kommen viele nur an bestimmten Orten vor oder werden nur von wenigen Staaten gefördert und verarbeitet.¹⁷ Dies hat geopolitische Implikationen: Viele Ressourcen, die für die grüne Transformation benötigt werden, werden in Staaten abgebaut, die durch Fragilität und ein hohes Risiko für gewaltsame Konflikte gekennzeichnet sind. Da die Governance der natürlichen Ressourcen in diesen Staaten oft problematisch ist, könnte eine erhöhte Nachfrage mit einer Gefährdung des sozialen Friedens und der menschlichen Sicherheit vor Ort einhergehen.¹⁸ Ein wichtiger Akteur bei der Gewinnung dieser Rohstoffe ist China, das sich – dank hoher staatlicher Subventionen – eine führende Position gesichert hat und den Großteil der weltweiten Produktion auf sich vereint. Da westliche Länder nur über geringe eigene Produktionskapazitäten verfügen, sind sie zunehmend von Importen kritischer Rohstoffe abhängig und haben die strategische Bedeutung dieses Sektors bei der Entwicklung von Lieferketten und Handelspartnerschaften vernachlässigt. Diese Situation ist zu einer Bedrohung sowohl für die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit als auch für die Sicherheit geworden.¹⁹

Mindestens drei Optionen bestehen, um die derzeitigen Abhängigkeiten zu reduzieren:

1. Mittelfristig sollten die EU-Mitgliedstaaten auf eine Diversifizierung ihrer Handelsbeziehungen hinarbeiten, um für die nationale Sicherheit relevante Rohstoffmärkte zu entkoppeln und Abhängigkeiten von China zu reduzieren. Dabei ist zurecht darauf hingewiesen worden, dass die EU künftig Partnerschaften mit Ländern bevorzugen sollte, die soziopolitisch stabil sind, in denen die Gefahr von wirtschafts- und handelspolitischer Erpressung gering ist und in denen die Risiken zu erwartender Versorgungsunterbrechungen aufgrund klimabedingter Naturkatastrophen überschaubar sind.²⁰ Zu berücksichtigen ist auch, dass die für die grüne Transformation benötigten Materialien keineswegs per se nachhaltig sind, da ihre Gewinnung und Verarbeitung oft mit lokalen Umweltauswirkungen einhergehen oder erhebliche Mengen an CO₂ freisetzen.²¹ Die Herausforderung besteht also darin, das globale Potenzial zur Emissionsreduzierung mit den lokalen Umweltauswirkungen in Beziehung zu setzen und Lieferketten so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten.

2. Langfristig könnten EU-Länder nach Mitteln und Wegen suchen, um die heimische Produktion zu steigern. Die EU-Kommission hat kürzlich konkrete Schritte in diese Richtung unternommen. Sollte dieser Weg eingeschlagen werden, muss jedoch der Einhaltung von Umweltstandards Vorrang eingeräumt werden.²²

3. Ein weiteres langfristiges Ziel der EU-Mitgliedstaaten sollte die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft sein, in der Materialien recycelt werden können, um die Nachfrage zu senken.

17 Leonard et al., „The geopolitics of the European Green Deal“, (siehe Fußnote 15).

18 Olivia Lazard, „The Need for an EU Ecological Diplomacy“, in *The EU and Climate Security: Toward Ecological Diplomacy*, hrsg. Olivia Lazard und Richard Youngs, Carnegie Europe, 12. Juli 2021, S. 13–24: https://carnegieendowment.org/files/Youngs_and_Lazard_EU_Climate_FINAL_07.08.21.pdf (abgerufen am 10. August 2022).

19 Leonard et al., „The geopolitics of the European Green Deal“, (siehe Fußnote 15); Jakob Kullik, „Unter dem Radar: Die strategische Bedeutung Seltener Erden für die wirtschaftliche und militärische Sicherheit des Westens“, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 13/2019: <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2019/unter-dem-radar-die-strategische-bedeutung-seltener-erden-fuer-die> (abgerufen am 19. August 2022).

20 Daniel Fiott und Vassilis Theodosopoulos, „Sovereignty over supply? The EU's ability to manage critical dependences while engaging with the world“, Brief no. 21, European Union Institute for Security Studies (17. Dezember 2020): <https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/Brief%2021%20Supply.pdf> (abgerufen am 19. August 2022).

21 Siehe Patrice Christmann, „Mineral Resource Governance in the 21st Century and a sustainable European Union“, *Mineral Economics* 34 (2021), S. 187–208: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s13563-021-00265-4.pdf> (abgerufen am 19. August 2022).

22 Geplante Bergbauprojekte wie das in der Barroso-Mine in Portugal, in der Lithiumvorkommen gefördert werden sollen, zeigen bereits, dass Umwelterwägungen ein berechtigtes Anliegen sein werden. Siehe Sam Fleming, Alice Hancock und Peter Wise, „EU digs for more lithium, cobalt and graphite in green energy push“, *Financial Times*, 16. August 2022: <https://www.ft.com/content/363c1643-75ae-4539-897d-ab16adfc1416> (abgerufen am 19. August 2022).

Darüber hinaus sollte die Dekarbonisierung des Energiesektors durch diplomatische Anstrengungen auf bilateraler, plurilateraler und multilateraler Ebene vorangetrieben werden. Deutschland hat bereits mehrere neue Energiepartnerschaften vereinbart, darunter eine bilaterale Initiative mit Indien und eine plurilaterale Vereinbarung mit Südafrika im Rahmen der Just Energy Transition Partnership (JETP), die mit einigen führenden europäischen Staaten, der EU und den USA während der Klimakonferenz in Glasgow geschlossen wurde.²³ Solche Partnerschaften haben das Potenzial, eine Verbindung zwischen klimapolitischen Ambitionen und anderen außenpolitischen Handlungsfeldern herzustellen. Mit der geplanten Beteiligung an der Finanzierung der grünen Transformation in diesen Ländern kann Deutschland seine bilateralen Beziehungen proaktiv gestalten. Hier liegt ein großes Potenzial zur Emissionsminderung, da sowohl Indien als auch Südafrika derzeit stark von fossilen Energieträgern, insbesondere Kohle, abhängig sind. Durch Technologietransfers könnten auch Innovationspotenziale genutzt werden. Darüber hinaus könnte es sinnvoll sein, zusätzliche finanzielle Mittel für lokale Anpassungsmaßnahmen in die JETPs aufzunehmen. In Anbetracht der oben skizzierten Zusammenhänge zwischen Emissionsminderung und Anpassung könnte ein solches Vorgehen Deutschlands Engagement für die grüne Transformation im Ausland glaubwürdiger machen.

Zugleich können Klimapartnerschaften ein Türöffner für innovative Unternehmen sein. Die Nationale Sicherheitsstrategie sollte diesen vernetzten Ansatz der deutschen Außenpolitik stärken. Die Aufweichung des Ziels der G7-Staaten, keine fossilen Energieträger mehr im Ausland zu fördern²⁴ und die geplanten Investitionen der Bundesregierung in die senegalesische Gasförderung senden nicht nur falsche politische Signale an Entwicklungsländer, sondern bedeuten auch erhebliche wirtschaftliche Risiken im In- und Ausland durch die Schaffung von Stranded Assets.

DEUTSCHLANDS VISION VON EINEM KLIMACLUB

Im Rahmen seiner derzeitigen G7-Präsidentschaft plant Deutschland die Gründung eines offenen Klimaclubs, um ehrgeizigere Ziele zur Emissionsminderung zu erreichen, gemeinsame Standards für eine grüne Industrie festzulegen und den industriellen Wandel zu beschleunigen. Bislang hat der vorgeschlagene Klimacub gemischte Reaktionen hervorgerufen, und es bestehen nach wie vor Unsicherheiten in Bezug auf seine genaue institutionelle Struktur sowie seinen Umfang und Mitgliedschaft. Zwar bleibt abzuwarten, wie genau der Klub aussehen und funktionieren wird, doch wäre es von Vorteil, wenn er bestehende Prozesse und Institutionen zur Förderung des Klimaschutzes, einschließlich des Pariser Abkommens, ergänzen würde – und nicht nur ein weiteres zusätzliches Element wäre.

3. Stärkere Berücksichtigung der Klimaauswirkungen bei Krisenprävention und -management

Schließlich sollte sich die Bundesregierung auf bestehende Praktiken zur Krisenprävention- und -bewältigung konzentrieren und dabei Projektionen über zukünftige Klimaauswirkungen berücksichtigen. Deutschland bezieht Klimaerwägungen bereits systematisch in seine Krisenpräventions- und Stabilisierungsmaßnahmen ein. Im Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr von 2016 und in den Leitlinien von 2017 wurde der Klimawandel in politisch fragilen Regionen als Destabilisierungsfaktor und Konfliktverstärker anerkannt.²⁵ Denn Klimaauswirkungen stehen in Wechselwirkung mit anderen Sicherheitsrisiken. Lokale Klimafolgen (z. B. Ernteauffälle durch Dürren oder Starkregen) können die ohnehin schon unzureichende Nahrungsmittelversorgung oder ein schwaches Sozial- und Gesundheitswesen verschlechtern, die

23 Zur plurilateralen Partnerschaft zwischen Südafrika, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten, Deutschland und der EU, siehe: Deutsche Bundesregierung, „Political Declaration on the Just Energy Transition in South Africa“, 2022: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1974538/b2264555c87d8cbdd97bd1eb8b16387a/political-declaration-on-the-just-energy-transition-in-south-africa-data.pdf?download=1> (abgerufen am 5. Juli 2022). Zur bilateralen Partnerschaft zwischen Indien und Deutschland, siehe: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „Gemeinsame Erklärung. Sechste deutsch-indische Regierungskonsultationen“, 2. Mai 2022: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2029822/0018fcd6704f985ba71f63495fed94b/2022-05-02-gemeinsame-erklarung-d-ind-data.pdf?download=1> (abgerufen am 5. Juli 2022).

24 Deutsche Bundesregierung, „G7 Leaders' Communiqué. Elmau, 28. Juni 2022“, 28. Juni 2022, S. 1-5: <https://www.g7germany.de/resource/blob/974430/2062292/9c213e6b4b36ed1bd687e82480040399/2022-07-14-leaders-communique-data.pdf?download=1> (abgerufen am 04. Oktober 2022).

25 Auswärtiges Amt, „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern: Leitlinien der Bundesregierung“ (s. Fußnote 5), S. 23-25; Bundesregierung, „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, 2016, S. 42: <https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf> (abgerufen am 10. August 2022).

menschliche Sicherheit bedrohen und Konfliktpotenzial bergen.

Darüber hinaus zeigen wissenschaftliche Erkenntnisse, dass extreme Wetter- und andere Klimaereignisse bestehende bewaffnete Konflikte verlängern, ihre Intensität erhöhen oder zusätzliches Leid für die betroffene Bevölkerung verursachen können, was wiederum zu komplexen humanitären Krisen führt. Während sozioökonomische und politische Bedingungen weiterhin die Hauptursachen für gewaltsame Konflikte sind, werden Klimaauswirkungen das Konfliktrisiko in Zukunft wahrscheinlich erhöhen.²⁶ In Ländern, in denen ausgeprägte ethnische Spannungen bestehen und die darüber hinaus von einer starken Abhängigkeit von der Landwirtschaft gekennzeichnet sind, steigt das Risiko für gewaltsame Konflikte nach klimatischen Extremereignissen.²⁷ Während der IPCC derzeit davon ausgeht, dass sozioökonomische und Governance-Faktoren bei der Verursachung von gewaltsamen Konflikten eine zentralere Rolle spielen als der Klimawandel,²⁸ ist zu erwarten, dass eine Zunahme von Klima- und Wetterextremen Vulnerabilitäten erhöht und somit auch gewaltsame innerstaatliche Konflikte zunehmend beeinflusst.²⁹

Auf diese zunehmenden sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels – darunter auch die Möglichkeit, dass Russlands Krieg in der Ukraine durch Klimaauswirkungen noch verschärft wird – muss eine Antwort gefunden werden. Vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen sollten Impulse gegeben werden. Gemeinsam mit Partnern wie der „Group of Friends on Climate and Security“ oder der „Allianz für den Multilateralismus“ setzt sich Deutschland für die Einbeziehung von Klimaaspekten im UN-Sicherheitsrat und anderen politischen Gremien ein. Zugegebenermaßen ist die

Behandlung des Klimas als Bedrohung für die internationale Sicherheit auf höchster politischer Ebene nach wie vor mit Schwierigkeiten behaftet, da mehrere Staaten diesem Ansatz skeptisch gegenüberstehen. Insbesondere Russland widerspricht konsequent Bestrebungen, Klimaerwägungen systematisch in die Friedens- und Sicherheitsarbeit der UN zu integrieren.³⁰

Dennoch gibt es konkrete Alternativen. Als langjährige Unterstützerin der UN-Klimasicherheitsagenda und größte Geberin für den UN-Peacebuilding Fund sollte sich die Bundesregierung für die weitere Integration von Klimasicherheitsberaterinnen und -beratern in UN-Friedenseinsätze einsetzen. Darüber hinaus sollte sie sich dafür engagieren, dass humanitäre und Entwicklungsorganisationen innerhalb des UN-Systems Klimaexpertise nicht nur in die strategische Planung, sondern auch in die Personalstruktur integrieren.³¹ Denkbar wären ein maßgeschneiderter Wissenstransfer für Führungspersonal, das zu Peacekeeping-Missionen entsandt wird, und die Einführung von Seminaren zur Klimasicherheit in bereits bestehenden Einrichtungen wie dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze.³² Environmental Peacebuilding könnte weiter in bestehende Vermittlungs- und Krisenpräventionsbemühungen integriert werden.

Eine klimasensible Krisenprävention und -bewältigung sollte sich auch in konkreter Weise auf finanzieller Ebene widerspiegeln. Deutschland trägt derzeit mit rund sechs Milliarden Euro jährlich zur globalen Klimafinanzierung bei und ist damit einer der größten Beitragszahler unter den Industrieländern.³³ In der jüngeren Vergangenheit floss der Großteil der deutschen Klimafinanzierung jedoch in Maßnahmen zur Emissionsminderung – etwa 55 Prozent zwischen 2013 und 2019 –, während ein relativ geringer Anteil

26 Katharine J. Mach et al., „Climate as a risk factor for armed conflict“, *Nature* 571, Juni 2019, S. 193-197: <https://doi.org/10.1038/s41586-019-1300-6> (abgerufen am 6. Juli 2022).

27 Carl-Friedrich Schleussner, Jonathan F. Donges, Reik V. Donner, Hans Joachim Schellnhuber, „Armed-conflict risks enhanced by climate-related disasters in ethnically fractionalized countries“, *PNAS* 113, Nr. 33, 25. Juli 2016, S. 9216-9221: <https://doi.org/10.1073/pnas.1601611113> (abgerufen am 6. Juli 2022).

28 Intergovernmental Panel on Climate Change, „Climate Change 2022. Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Summary for Policymakers. Working Group II contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change“, (siehe Fußnote 1), S. 13.

29 Ebd., S. 15. Jenseits des Risikos eines bewaffneten Konflikts geht der IPCC davon aus, dass Regionen und Menschen, die bereits unter Entwicklungshemmnissen leiden, besonders anfällig für Klimarisiken sind. Die Anfälligkeit ist höher in Regionen mit hohen Armutsraten, Governance-Problemen, begrenztem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Ressourcen und dort, wo die Menschen bereits unter bewaffneten Konflikten leiden oder direkt von natürlichen Ressourcen abhängig sind. Siehe ebd., S. 14.

30 Siehe zum Beispiel: Security Council Report, „The UN Security Council and Climate Change“, 21. Juni 2021: https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/climate_security_2021.pdf (abgerufen am 14. Juli 2022); United Nations, „Security Council Fails to Adopt Resolution Integrating Climate-Related Security Risk into Conflict-Prevention Strategies“, 13. Dezember 2021: <https://press.un.org/en/2021/sc14732.doc.htm> (abgerufen am 14. Juli 2022).

31 Siehe Tim Bosch, „Sustaining peace and sustained headwinds: The UN's climate, peace and security agenda in a difficult environment“, *FriEnt Blog*, 26. April 2022: <https://www.frient.de/artikel/20jahrefrient-climate-land-and-ressources1> (abgerufen am 14. Juli 2022).

32 Kira Vinke, „Aktionsplan Klimawandel und Sicherheit“, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 20. September 2021: <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/aktionsplan-klimawandel-und-sicherheit> (abgerufen am 25. August 2022).

33 Deutsche Klimafinanzierung, „Klimafinanzierung aus Deutschland 2013-2019“: <https://www.deutskeklimafinanzierung.de/infografiken-der-datenbank/chart-5/> (abgerufen am 19. August 2022).

von etwa 17 Prozent speziell für Anpassungsmaßnahmen vorgesehen war.³⁴ Um diese Lücke zu schließen und der sich rasch verschärfenden Klimakrise und ihren Auswirkungen im Globalen Süden zu begegnen, sollten die geplanten Steigerungen der Klimafinanzierung in den nächsten Jahren vor allem in den Anpassungsbereich fließen. Da der überwiegende Teil der Anpassungsfinanzierung direkt aus dem Bundeshaushalt stammt (statt aus privaten Mitteln), kann die Bundesregierung bei der Bereitstellung von Mitteln für besonders vulnerable Länder und Bevölkerungsgruppen erheblich Einfluss nehmen.

DER VERLUST DER BIOLOGISCHEN VIELFALT HAT AUSWIRKUNGEN AUF DIE SICHERHEIT

Expertinnen und Experten weltweit zählen den Verlust der biologischen Vielfalt zu den drei größten globalen Risiken.³⁵ Folglich sollten dieser Verlust sowie die Schäden an lokalen Ressourcen an der Schnittstelle von Klimaauswirkungen und Bedrohungen der menschlichen Sicherheit auch für die Bundesregierung zu einem Schwerpunktthema werden. In diesem Zusammenhang sollte den Funktionen lokaler Ökosysteme („Ökosystemdienstleistungen“) mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, wobei die Grenzen ihrer Belastbarkeit zu berücksichtigen und sie im Zusammenhang mit dem Bedarf der lokalen Bevölkerung zu betrachten sind.

Die Aufforstungsmethode der „Farmer-Managed Natural Regeneration“ bietet beispielsweise das Potenzial, landwirtschaftlich genutzte Flächen zu bepflanzen und die lokale Umsetzung der veränderten Landnutzung den betroffenen Landwirtinnen und Landwirten zu überlassen. Auf diplomatischer Ebene könnte den Zusammenhängen zwischen Klimawandel und Biodiversitätsverlust durch eine engere Verknüpfung des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt und der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) auf den jährlichen Konferenzen der Vertragsparteien (COPs) Rechnung getragen werden.

FAZIT: KLIMASICHERHEIT SEKTORÜBERGREIFEND IMPLEMENTIEREN

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat multilaterale Bemühungen zur Emissionsminderung empfindlich gestört, Ressourcen gebunden und die öffentliche Aufmerksamkeit von der Krisenprävention auf die Krisenreaktion verlagert. Gleichzeitig ist ein Bewusstsein über die negativen Auswirkungen der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen eingetreten, das Regierungen veranlasst, die Ziele der Energiewende mit neuer Entschlossenheit zu verfolgen. In diesem Kontext formuliert Deutschland eine Nationale Sicherheitsstrategie, die eine Balance herstellen will zwischen der Notwendigkeit einer entschlossenen Reaktion auf die russische Aggression und unmittelbaren Bemühungen zur Vermeidung künftiger Krisen, einschließlich neuer Konflikte, Hunger und der Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen.

Ohne den Schutz der natürlichen Umwelt wird keine Wirtschaftsmacht auf Dauer bestehen können. Wenn sich die Klimakrise weiter beschleunigt und der Zusammenbruch von Ökosystemen anhält, werden Bemühungen zum Schutz der Menschenrechte und der Schwächsten scheitern. Methoden zur Friedensförderung und zum Konfliktmanagement können keine Spannungen abbauen, wenn natürliche Ressourcen in atemberaubendem Tempo schwinden. Die Krise unseres Planeten bedroht die Grundlagen der menschlichen Entwicklung, einschließlich der Souveränität und Sicherheit ganzer Staaten und Gesellschaften. Die Grundlage für nationale Sicherheit ist daher ein sicheres Klima und eine sichere Biosphäre.

Folglich sollte der Ausgangspunkt für Überlegungen zur Nationalen Sicherheit der Schutz unseres Planeten und der globalen Gemeinschaftsgüter sein. Globale Emissionsminderungen sollten als inhärentes Sicherheitsinteresse formuliert und in die traditionellen Bereiche der Sicherheits- und Geopolitik integriert werden. Die Haushaltsplanung muss künftig auch die Kosten negativer Externalitäten wie Umweltauswirkungen oder Menschenrechtsverletzungen neben Fragen der Versorgungssicherheit und Geopolitik in strategische Entscheidungen einbeziehen. Als geschätzter „Knowledge Broker“ verfügt Deutschland über die Instrumente und Kapazitäten,

34 Deutsche Klimafinanzierung, „Klimafinanzierung nach Sektor (2013-2019)“: <https://www.deutscheklimafinanzierung.de/infografiken-der-datenbank/chart10/> (abgerufen am 19. August 2022).

35 Weltwirtschaftsforum, „The Global Risk Report 2022. 17th Edition“, 11. Januar 2022: https://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Global_Risks_Report_2022.pdf (abgerufen am 10. August 2022).

um Wissenschaft und Wirtschaft in die Lage zu versetzen, einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten und einen Wandel zur Nachhaltigkeit über nationale Grenzen hinaus zu begleiten.

Gleichzeitig sind die entstehenden Klimarisiken eng mit lokalen Herausforderungen wie dem Verlust der biologischen Vielfalt und der Ernährungsunsicherheit verbunden. Das deutsche Engagement in der Krisenprävention, Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit bietet eine wichtige Grundlage, um auf institutioneller Ebene eine Antwort auf die Folgen des Klimawandels zu finden und Synergien zu nutzen. Nur durch eine themenübergreifende Verankerung von Klima- und Umweltschutz wird die erste deutsche Nationale Sicherheitsstrategie eine nachhaltige Wirkung entfalten. Denn um tatsächlich Sicherheit zu schaffen, muss die strukturelle Gewalt beseitigt werden, die aus der Zerstörung der Erde resultiert – unserer gemeinsamen und einzigen Heimat.



Advancing foreign policy. Since 1955.

Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel. +49 30 254231-0
info@dgap.org
www.dgap.org
📱@dgapev

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik. Dieser Text spiegelt die Meinung der Autorinnen und Autoren wider, nicht die der DGAP.

Die DGAP ist gefördert vom Auswärtigen Amt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

ISSN 2198-5936

Übersetzung Maike Hopp

Redaktion Jana Idris

Layout Luise Rombach

Design Konzept WeDo

Fotos Autorinnen und Autoren © DGAP



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.